

## **Inhalt**

Unverzichtbare Nation oder Hegemon?

### **1. Das Vermächtnis der Bonner Republik**

### **2. Aufbruch in eine neue Welt: die Kanzlerschaft Helmut Kohls (1990–1998)**

#### 2.1 Vom Importeur zum Exporteur von Sicherheit

Von Kambodscha nach Bosnien: die Bundeswehr out of area – Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 – Haltung von Parteien und Öffentlichkeit – Die internationale Einbettung der deutschen Sicherheitspolitik

2.2 Von Maastricht nach Amsterdam: Schritte zur ökonomischen und politischen Union  
Mittel zum Zweck: die Wirtschafts- und Währungsunion – Endspiel auf dem Weg zum Euro – Europapolitische Ernüchterung

#### 2.3 Den Osten stabilisieren

Die Beziehungen zur Sowjetunion und Russland – Geschichte als Last und Chance: die Nachbarn Polen und Tschechien – Die Osterweiterung der EU

#### 2.4 Deutschland und die Welt

Die USA: Ablehnung der Führungspartnerschaft – Der Nahe, Mittlere und Ferne Osten – Afrika und Lateinamerika – Globale Probleme

2.5 Fazit: Selbsteinbindung als strategische Entscheidung

### **3. Das Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation: die Kanzlerschaft Gerhard Schröders (1998–2005)**

#### 3.1 Zwischen Krieg und Frieden: Kosovo, Afghanistan, Irak

Der Nato-Krieg gegen Serbien 1999 – Impulse für eine europäische Sicherheitspolitik – Die Terroranschläge von 9/11 und der Afghanistan-Einsatz – Deutschland sagt Nein: der Irak-Krieg

#### 3.2 Die EU: reformieren, vertiefen, erweitern

Wirtschafts- und Finanzpolitik: Agenda 2000 und Stabilitätspakt – Reform der Institutionen: Nizza und Verfassungsvertrag – Die Erweiterung der Union – Der EU-Beitritt der Türkei

#### 3.3 Der Rest der Welt: Wirtschaft, Wirtschaft über alles

Russland: von der Sauna-Diplomatie zur Männerfreundschaft – China: Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht – Am Rande der Welt: Mittlerer Osten, Asien, Lateinamerika, Afrika

#### 3.4 Internationale Chancen und Lasten

Mitsprache und Prestige: die Kampagne um einen Uno-Sicherheitsratsitz – Schatten der Vergangenheit

3.5 Fazit: Von der Bonner zur Berliner Republik

## **4. Führungsdilemmata: die Kanzlerschaft Angela Merkels (2005–14)**

4.1 Zurück in die Zukunft: Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr  
Afghanistan: von der Stabilisierungsmission zur Aufstandsbekämpfung –  
Ungeliebte Auslandsmissionen: von Kongo bis Mali – Deutschlands Rolle  
in Nato und GSVP

### 4.2 Die EU in der Krise

Europa am Abgrund: die Euro-Staatsschuldenkrise – Die deutsche Sonderstellung  
in Europa – Showdown in Brüssel: die Euro-Zone vor dem Kollaps  
– Vom temporären zum dauerhaften Rettungsschirm – Sommer 2011:  
Euro-Überlebenskampf, zweiter Akt – «In Europa wird deutsch gesprochen  
» – Koalitionsbildung gegen Deutschland – Draghis Wunderworte und  
Merkels Stabilitätsunion – Euro-Krise ohne Ende? – Die Krisenpolitik der  
Regierung Merkel: eine erste Bilanz

### 4.3 Deutschlands Sonderbeziehungen

Die USA: der entfremdete Partner – Russland: der schwierige Partner – Polen:  
der unbequeme Partner – China: der finanzstarke Partner – Israel: der  
besondere Partner

### 4.4 Globale Herausforderungen: nukleare Proliferation und Klimaschutz

### 4.5 Die Ukraine-Krise

### 4.6 Fazit: Dominanz der Innenpolitik

## **5. Die widerwillige Vormacht: zwischen internationalen Anforderungen und innenpolitischen Zwängen**

Anmerkungen · Bibliographie  
Bildnachweis · Personenregister

## Unverzichtbare Nation oder Hegemon?

Die Worte Radosław Sikorskis am 28. November 2011 kamen unerwartet: «Ich fürchte deutsche Macht weniger, als ich deutsche Untätigkeit zu fürchten beginne. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen nicht versagen zu führen.»<sup>1</sup> Unerwartet kamen diese Worte vor allem, weil Sikorski Außenminister Polens war, eines Landes, das in der Geschichte immer wieder, zuletzt im Zweiten Weltkrieg, Opfer brutaler deutscher Machtpolitik gewesen war. Zugleich verunglimpften radikale Demonstranten in Griechenland Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Postern, die sie mit aufgemalten Nazi-Insignien darstellten. Und die italienische Zeitung *il Giornale* schürte auf ihrer Titelseite am 3. August 2012 sogar Ängste vor einem «Quarto Reich».

Deutschlands Rolle in Europa ist im Zuge der Euro-Schuldenkrise umstritten wie zu keinem anderen Zeitpunkt seit 1949. Hoffen auf deutsche Führung und Bangen vor deutscher Hegemonie gehen Hand in Hand. Die Krise verlangt der Bundesrepublik das ab, was sie seit ihrer Gründung unter allen Umständen vermeiden wollte: führen zu müssen, ohne sich auf eine Koalition von Staaten stützen zu können. Ihre schiere ökonomische Stärke hat sie in der Währungs- und Wirtschaftspolitik gegen ihren Willen und ohne ihr Betreiben zum Schlüsselland in Europa gemacht. Als stärkste Volkswirtschaft im Euro-Raum und in der EU, als drittgrößte Exportnation, viertgrößte Ökonomie und elftgrößte Militärmacht der Welt kommt Deutschland eine Verantwortung zu, die sich von der kleinerer Länder dramatisch unterscheidet. Im Zentrum dieses Buchs steht deshalb die Frage des niederländischen Schriftstellers Cees Nooteboom, die er kurz nach dem Fall der Berliner Mauer stellte: Ob Deutschland wisse, «was es sein will, wenn es groß ist?»<sup>2</sup>

Bis 1990 hegte der Kalte Krieg die Bundesrepublik ein, in Zeiten der Blockkonfrontation waren die Spielräume und Gestaltungs-

möglichkeiten für, aber auch die Anforderungen an Mittelmächte geringer. Meist kümmerten sich die USA um die Sicherheit innerhalb und außerhalb Europas. Sie gaben auch in Wirtschafts- und Handelsfragen lange Zeit den Ton an. Bonn war dies nur recht, selten entwickelte es eigene außenpolitische Initiativen, und die bezogen sich ausschließlich auf das Verhältnis zum anderen Deutschland und auf die europäische Integration. Unter dem Schuttschirm der USA konnte sich die Bundesrepublik zur Zivilmacht par excellence entwickeln, die sich nur im multilateralen Verbund engagierte, die internationale Politik verrechtlichen und außen- und sicherheitspolitische Kompetenzen an die EU übertragen wollte, an Militäraktionen nicht mitwirkte und sich auf Wohlstandsmehrung und Handel konzentrierte.

Mit dem Ende der Sowjetunion änderte sich die internationale Bedrohungslage fundamental. Die USA beachteten Europa und Deutschland weniger, und Deutschland war weniger von amerikanischen Sicherheitsgarantien abhängig. Auf dieser Tatsache gründet auch der Ansatz dieses Buchs, die Geschichte der Außenpolitik der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung zu analysieren – und nicht, wie im Vorgängerwerk, seit der Staatsgründung.<sup>3</sup> Für viele jüngere politikinteressierte Leser liegt der Kalte Krieg heute so weit zurück wie der Peloponnesische zwischen Athen und Sparta. Und das nicht zu Unrecht – die internationalen Gefahren und Herausforderungen für das heutige Deutschland entwickelten sich fast alle in der neuen Welt der Post-Bipolarität: Im zerfallenden Jugoslawien kam es zu Bürgerkriegen und «ethnischen Säuberungen»; Dschihadisten ermordeten deutsche Staatsbürger und planten schreckliche Anschläge von der Bundesrepublik aus; kollabierende Staaten wie Afghanistan, Somalia und Jemen boten und bieten islamischen Terroristen Operationsbasen; Nationen in der ehemaligen Dritten Welt streben nach Massenvernichtungswaffen und Langstreckenraketen; Piraten bedrohen existentielle Seehandelswege; arabische Staaten an der europäischen Peripherie rebellieren gegen ihre Diktatoren, Libyen und Syrien stürzten sogar in Bürgerkriege; die Klimaerwärmung schreitet fast ungebremsst fort; der Euro schweißt die Kern-EU nicht wie beabsichtigt zusammen, sondern droht sie vielmehr zu zerreißen; Russland destabilisiert Nachbarländer und annektiert ihr Territorium. Gleichzeitig verschieben sich die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ge-

wichte seit 1990 rapide. China stieg zur größten Exportnation und zweitgrößten Wirtschaftsmacht auf, Asien kehrt auf den zentralen Platz zurück, den es in der Geschichte bis zur Industriellen Revolution eingenommen hatte, die USA orientieren sich auf den pazifischen Raum um. All dies stellt Deutschland und Europa vor gigantische außenpolitische Herausforderungen.

Wie die Bundesrepublik mit diesen Herausforderungen seit 1990 umging, ist das Thema dieses Buchs. Es will die Problembereiche deutscher Außenpolitik herausarbeiten, Entwicklungslinien aufzeigen, Handlungen und Entscheidungen erklären. Dabei wird deutlich, dass die Impulse für die deutsche Außenpolitik aus unterschiedlichen Richtungen kommen: Von den Partnern, die erwarten, dass die Bundesrepublik die ihrer Größe entsprechenden internationalen Lasten schultert, etwa in der Euro-Schuldenkrise, auf dem Balkan, in Afghanistan oder gegenüber Russland; von den Bürgern, die primär an ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen interessiert sind und Militäraktionen und teure Rettungsaktionen für EU-Schuldenstaaten ablehnen; von den Visionen und Kalkülen von Politikern wie Helmut Kohl bei der Einführung des Euro; von den ökonomischen Realitäten, die zum Beispiel eine Modernisierung der Bundeswehr erschweren oder hochfliegende Ideen wie die Europäische Währungsunion konterkarieren; und nicht zuletzt von den Machtveränderungen im internationalen System, die die Handlungsspielräume teils erweitern, teils begrenzen.

Die akademische Disziplin Internationale Politik diskutiert seit 1990, welche Theorie die deutsche Außenpolitik am besten erklärt, indem sie einem dieser Impulse entscheidenden Einfluss zumisst. *Konstruktivisten* argumentieren, der Zweite Weltkrieg und die Erfahrungen der Nachkriegszeit hätten die politische Kultur der Bundesrepublik zutiefst geprägt. Die neue Identität, die nach John Duffield auf Multilateralismus und Antimilitarismus fußt, bestimme auch in der neuen Ära ihr außenpolitisches Verhalten.<sup>4</sup> Dieser Schule nahe steht Hanns Maulls These, Deutschland sei Prototyp einer normen- und ideengeleiteten «Zivilmacht».<sup>5</sup> Andrei Markovits und Simon Reich argumentieren, das «kollektive Gedächtnis» habe eine «Weltanschauung» und eine innenpolitische Kultur in Deutschland geschaffen, die traditionelle Hegemonialpolitik verhindere.<sup>6</sup> *Neorealisten* halten dagegen, dass die Bundesrepublik sich nach der Wiedervereinigung den klassischen Me-

chanismen der Machtpolitik nicht entziehen könne. Arnulf Baring betrachtet Deutschland als «Regionalmacht», Gregor Schöllgen als «Macht in der Mitte Europas», Hans-Peter Schwarz sogar als «Zentralmacht Europas», die «zur Großmacht verdammt» sei und ihre nationalen Interessen zunehmend eigenständiger wahrnehmen werde. Man muss «sich eben dessen bewußt bleiben», so Schwarz, «daß das Land, ob es dies wünscht oder nicht, in Westeuropa und Mitteleuropa als stärkste Macht wirkt und wohl oder übel auch seinem Gewicht entsprechend zu agieren verurteilt ist».<sup>7</sup> Werner Link argumentiert ganz auf dieser Linie, die Konfiguration der Machtverteilung im internationalen System und die Gleichgewichtspolitik dominieren sowohl die Beziehungen zwischen den EU-Staaten als auch der EU-Staaten gegenüber den USA.<sup>8</sup>

*Liberale* suchen und finden die Antriebskräfte für das außenpolitische Handeln Deutschlands in den Präferenzen innenpolitischer Akteure. Diese bedienen sich des Staats als Transmissionsriemen, um ihre Ziele außenpolitisch durchzusetzen. Dieter Senghaas und Michael Staak sehen die Bundesrepublik in der Tradition von Richard Rosecrance als international verflochtenen «Handelsstaat», dessen primäres Ziel Wohlfahrtsoptimierung und dessen präferierte Instrumente Multilateralismus und Integration sind.<sup>9</sup> *Institutionalisten* schließlich behaupten, die Einbindung Deutschlands in internationale Institutionen wie die EU, die Nato, die Uno, den Atomwaffensperrvertrag oder das Kyoto-Protokoll bestimme ihr außenpolitisches Verhalten. Peter Katzenstein etwa schreibt: «Die Institutionalisierung von Macht ... ist der unterscheidungskräftigste Aspekt des Verhältnisses zwischen Europa und Deutschland». Durch die Einbindung in die EU sei die Bundesrepublik eine «gezähmte Macht» geworden.<sup>10</sup> Jeffrey Anderson spricht gar von Deutschlands «reflexhafter Unterstützung für einen übertriebenen Multilateralismus».<sup>11</sup>

Die Debatten zwischen diesen Schulen haben das vorliegende Buch bereichert. Trotzdem will es den Theoriediskurs nicht weitertreiben, indem es Hypothesen aus dem einen oder anderen Ansatz systematisch testet. Vielmehr geht es dem Buch darum, den Lesern die Entwicklungen so zu schildern und das Material so aufzubereiten, dass sie sich ihr eigenes Urteil bilden können. Wahrscheinlich ist der Zeitraum seit der Wiedervereinigung, zweieinhalb Jahrzehnte, auch einfach zu knapp, um Definitives über die

Erklärungskraft der unterschiedlichen Schulen zu sagen. Wenn Theorien zur Sprache kommen in diesem Buch, dann selten in Form der genannten Meta-Ansätze, sondern meist in Form von Theorien mittlerer Reichweite, etwa als Robert Putnams Zwei-Ebenen-Spiel oder Robert Mundells Theorie optimaler Währungs-räume. Bei alledem bleibt Macht, wirtschaftliche wie militärische, ein wichtiges Prisma, durch das Deutschland im Ausland wahrgenommen wird. Auch wenn die Bundesrepublik dies nicht anstrebt, wird sie ihre Macht nutzen müssen, um Europa und die Welt in eine Richtung hin zu entwickeln, die ihr vorschwebt: friedlich, frei, stabil, gerecht, wohlhabend. Das Buch ist in die drei Kanzlerschaften Helmut Kohls, Gerhard Schröders und Angela Merkels gegliedert. Weltpolitische Zäsuren wie die Balkan-Kriege, die Terroranschläge von 9/11 oder der Ausbruch der Finanz-, Wirtschafts- und Euroschuldenkrise halten sich zwar nicht an Wahltermine und Regierungswechsel. Aber es ist für die Advokaten einer strukturalistischen Politikanalyse doch erstaunlich, wie sehr sich die jeweiligen Kanzler zu den entscheidenden Akteuren entwickelt und wie sehr sie gerade der Europapolitik, dem zentralen außenpolitischen Handlungsbereich der Bundesrepublik, ihren Stempel aufgedrückt haben.

Wie immer konnte ich beim Schreiben auf die Hilfe meines Teams der Professur für Internationale Politik an der Uni Regensburg zählen. Robert Lohmann M.A., Andrea Rotter M.A., Fel-lanza Podrimja B.A., Benedikt Rippert, Max Höcherl, Susanne Prechtl B.A. und Anna Müller B.A. standen mir bei Literaturrecherche und -beschaffung zur Seite, Anna Müller erstellte die Bibliographie und vereinheitlichte die Fußnoten, Susanne Prechtl kümmerte sich um das Register. Die Zusammenarbeit mit dem Verlag C.H.Beck, seinem Cheflektor Dr. Detlef Felken und seinen Mitarbeiterinnen Bettina Corßen-Melzer und Janna Rösch sowie mit Nastasja Dresler war auch im fünften Projekt innerhalb von zwölf Jahren professionell, effizient und stimulierend. Prof. em. Dr. Dieter Grosser, mein geschätzter Lehrer und Freund, und – wie immer – Viola Schenz M.A. unterzogen sich der Mühe, das Manuskript zu kommentieren und das Buch zu einem besseren zu machen. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

Regensburg, im Sommer 2014

# 1. Das Vermächtnis der Bonner Republik

Von ihrer Gründung 1949 bis zur Wiedervereinigung 1990 verfolgte die Bundesrepublik Deutschland zwei zentrale außenpolitische Ziele. Zum einen benötigte sie angesichts ihrer prekären geopolitischen Lage an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts eine möglichst wasserdichte Sicherheitsgarantie. Zum anderen musste sie insbesondere den westeuropäischen Nachbarn die historisch begründete Angst vor der eigenen Größe und hegemonialen Absichten nehmen, um Vertrauen und Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen. Beide Ziele erreichte die Bundesrepublik durch die Integration in internationale Organisationen. Die Mitgliedschaft in der Nato gewährleistete sowohl Sicherheit *für* Deutschland als auch Sicherheit *vor* Deutschland, was der Politikwissenschaftler Wolfram Hanrieder treffend als «Doppeleindämmung» bezeichnete.<sup>1</sup> Die europäische Einigung garantierte durch Verträge, regelmäßige Konsultationen und Kompetenzübertragung an supranationale Organe Transparenz und Berechenbarkeit der westdeutschen Politik. Ihre Mitgliedschaft in Nato und Europäischer Gemeinschaft (EG) sicherte der Bundesrepublik gleichzeitig dauerhafte Mitsprache in den zwei wichtigsten westlichen Institutionen. Darüber hinaus beförderte sie Bonns Anstrengungen, nach dem moralischen und machtpolitischen Desaster von Nazi-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg ein gleichberechtigter und respektierter Partner in Europa und der Welt zu werden.

Die beiden bedeutendsten Partner bei der Verwirklichung dieser außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik waren die USA und Frankreich. Allein die USA verfügten über die Fähigkeiten und den Willen, für die Sicherheit Westdeutschlands zu sorgen. Natürlich gaben sie ihre Sicherheitsgarantie nicht selbstlos. Seit ihrem Eintritt in die Weltpolitik galt in den Vereinigten Staaten der Grundsatz, Europa nicht unter die Dominanz einer ihnen feindlich gesinnten Nation fallen zu lassen. Vor allem deshalb hatten

sich die USA dem Kaiser im Ersten und Hitler im Zweiten Weltkrieg entgegengestellt. Im Kalten Krieg brauchten sie das zentral gelegene und an Ressourcen und Menschen reiche Westdeutschland als Bollwerk gegen die expansive Sowjetunion. Ohne die sich verschärfende Blockkonfrontation, insbesondere nach der Berliner Blockade 1948 und der Invasion Nordkoreas in Südkorea 1950, wäre die Bundesrepublik im Westen nie so schnell als Partner akzeptiert worden. Schon 1951, sechs Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, revidierten die Westalliierten das Besatzungsstatut und übertrugen Bonn außenpolitische Kompetenzen. 1955 erhielt die Bundesrepublik im Deutschlandvertrag von den drei Westmächten die Autonomie über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten zurück. Lediglich die Rechte über Deutschland als Ganzes und Berlin verblieben, wie im Potsdamer Abkommen von 1945 festgelegt, bei den Siegermächten – der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich. Dieser rasche Rückgewinn von Souveränität war ein Erfolg der Strategie von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1949–1963/CDU), durch einseitige Vorleistungen und die Hinnahme diskriminierender Regeln das Vertrauen der Besatzungsmächte zu gewinnen und sich als verlässlicher Partner zu etablieren. Dabei spielten die Vereinigten Staaten die entscheidende Rolle. Sie waren, wie Josef Joffe treffend feststellte, sowohl der «Beschützer» (protector) Westdeutschlands und Westeuropas vor der Sowjetunion als auch der «Friedensstifter» (pacifier) in der Alten Welt, weil sie allen anderen die Angst vor Deutschland nahmen.<sup>2</sup>

Für die USA war die Westintegration der Bundesrepublik Teil ihrer Globalstrategie der Eindämmung (containment) der Sowjetunion. Für die Bundesrepublik stand die Existenz auf dem Spiel. Angesichts dieser Tatsache und des enormen Machtunterschieds ist es bemerkenswert, wie sehr die USA das bundesdeutsche Sicherheitsbedürfnis berücksichtigten. Nicht nur schreckten sie mit ihren Nuklearwaffen Moskau vor militärischer und politischer Erpressungspolitik gegenüber Westdeutschland ab, sondern sie stationierten dort auch hunderttausende Soldaten, was Washington im Falle eines Angriffs aus dem Osten automatisch zur Kriegspartei an der Seite der Bundesrepublik gemacht hätte. Zwar gab es während des Kalten Kriegs regelmäßig Konflikte zwischen den USA und der Bundesrepublik: in den 1960er Jahren über die Fol-

gen des amerikanischen Strategiewandels von der «massiven Vergeltung» (massive retaliation), die auf den raschen Einsatz von US-Atomwaffen bei einem sowjetischen Angriff auf Europa setzte, hin zur «flexiblen Antwort» (flexible response) mit ihrer abgestuften Eskalation; in den 1970er Jahren über die Entspannungspolitik gegenüber dem Osten; in den 1980er Jahren über die Implikationen der amerikanischen Pläne für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem (Strategic Defense Initiative/SDI); die ganze Zeit über die faire Teilung der Verteidigungslasten im Bündnis (burden sharing). Aber der durch die sowjetische Bedrohung erzwungene strategische Konsens erwies sich stets als stark genug, um Kompromisse herbeizuführen. Selbst wenn kein Zweifel darüber bestand, wer im Bündnis den Kurs bestimmte, kamen die USA der Bundesrepublik in konkreten sicherheitspolitischen Fragen oft entgegen. So gaben sie Ende der 1970er Jahre dem Drängen von Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974–1982/SPD) nach, die auf Westeuropa gerichteten sowjetischen SS-20-Nuklearraketen nicht hinzunehmen. Die Raketen schufen nämlich eine ungleiche Sicherheitslage zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Im Doppelbeschluss entschied die Nato daraufhin, amerikanische Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufzustellen, falls Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Abzug ihrer Waffensysteme scheiterten. Als die Mehrheit der SPD Schmidt die Gefolgschaft verweigerte und seinen Sturz 1982 damit unausweichlich machte, führte sein Nachfolger Helmut Kohl (1982–1998/CDU) die enge Zusammenarbeit mit den USA in dieser Frage fort. Dieser Schulterschluss demonstrierte Moskau die Aussichtslosigkeit seiner Versuche, einen Keil zwischen die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten zu treiben.

Waren die USA der überlebensnotwendige Sicherheitsgarant der Bundesrepublik, war Frankreich der wichtigste Partner bei der europäischen Einigung. Ohne die Kooperation mit Paris konnte Westdeutschland das riesige Misstrauen nicht abbauen, mit dem ihm die meisten europäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg begegneten. Adenauer begrüßte deshalb den französischen Vorstoß von 1950, mit den Benelux-Staaten und Italien einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl – in dieser Zeit *die* rüstungsrelevanten Sektoren schlechthin – zu bilden. Die dauerhafte Verflechtung der deutschen Montanindustrie mit der französischen

entschärfte die Sicherheitsbefürchtungen des westlichen Nachbarn und legte den Grundstein für die europäische Integration. Selbst wenn die militärische Integration durch eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) 1954 in der französischen Nationalversammlung scheiterte, schritt der wirtschaftliche und politische Einigungsprozess voran. Für diese Frühphase der europäischen Integration kann die Rolle der USA nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie trieben an und vermittelten, sie schmiedeten Kompromisse, sie setzten widerstrebende Regierungen unter Druck und wurden dadurch zum «Geburtshelfer Europas» (Beate Neuss).<sup>3</sup> Obwohl die USA ahnten, dass in einem geeinten Westeuropa ein wirtschaftlicher Konkurrent heranwuchs, akzeptierten sie dies, weil sie einen starken Partner gegenüber der Sowjetunion wollten. Auch dank amerikanischer Unterstützung war die Bundesrepublik schon wenige Jahre nach ihrer Gründung in Europa ein akzeptierter Partner. Dabei galt: Funktionierte die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Kanzler und dem französischen Ministerpräsidenten beziehungsweise ab 1959 dem Präsidenten, kam die europäische Integration voran. Adenauer und Guy Mollet (1956–1957), Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing (1974–1981), Kohl und François Mitterrand (1981–1995) verliehen dem Einigungsprozess wesentliche Impulse. Die Römischen Verträge zur Gründung der *Europäischen Gemeinschaft* (EG) 1957, das *Europäische Währungssystem* (EWS) 1979 und die *Einheitliche Europäische Akte* (EEA) 1985 zur Vollendung des Binnenmarktes wurden von den jeweiligen deutsch-französischen Duos vorangetrieben. Allerdings gelang es nicht, die Außen- und Sicherheitspolitik zu vergemeinschaften. Weder Frankreich noch Großbritannien waren bereit, in diesem Bereich nationale Souveränitätsrechte abzugeben.

Für Bonn war die parallele Zusammenarbeit mit den USA und Frankreich nicht spannungsfrei, wiesen ihr die beiden Partner doch unterschiedliche, durchaus ambivalente Rollen zu. Die USA wollten ein starkes und einiges Europa, um die Sowjetunion einzudämmen, und beförderten deshalb den Wiederaufbau und die Integration der Bundesrepublik in die Nato und Europa. Gleichzeitig hofften sie, Bonn als engsten Verbündeten und Juniorpartner, ja Anwalt der eigenen Interessen auf dem Kontinent zu gewinnen. Frankreich wollte die Bundesrepublik als Gefahr für die eigene Sicherheit ausschalten, sie aber auch für die Idee einer eigen-